

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 27.11.2012
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Vorentwurf Umbau der Raphaelschule zur Kita und für die Ganztagsbetreuung Vorlage: SIM/465/2012	4
2 Räume für die Ganztagsbetreuung in der Mauritiusschule und in der Brüder-Grimm- Schule, Meerbusch - Büderich Vorlage: SIM/466/2012	5
3 Haushalt 2013	6
4 Anträge	12
4.1 Auswirkungen aus dem Beschluss zur sukzessiven Schließung der städtischen Barbara-Gerretz-Schule Antrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen	12
5 Bericht der Verwaltung	13
5.1 Vorläufige Anmeldezahlen zu Grundschulen	13
5.2 Besetzung von 2 Schulleiterstellen	13
6 Termin der nächsten Sitzung: 19. Februar 2013	13
7 Verschiedenes	14

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Renate Kox Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans-Jürgen Denecke Sachkundiger Bürger

Frau Angela Gröters Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dieter Lerch

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied Vertretung für Frau Gerlind Förster

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Frau Brunhild Steinforth Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Dr. Klaus Brennecke Ratsmitglied

Herr David Burkhardt Ratsmitglied

Frau Katja Giesen Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Schmidt

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Michael Billen

Frau Ilse Niederdelmann Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer Ratsmitglied

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Frau Sarah Winter

von der UWG-Fraktion

Herr Andreas Brauer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Daniela Glasma-
cher

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Beratendes Mitglied / Zentrum

Herr Christoph Hauke beratendes Mitglied Zentrum

Beratendes Mitglied

Herr M.A. Mike Kunze Stadtsportverband

Herr Wilfried Pahlke Evangelische Kirchengemeinde

Frau Petra Stecher Stadtelternrat

Herr Jörg Winterwerb Vertreter der Schulen

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Detlef Krügel Bereichsleiter Fachbereich 3

Schriftführer

Herr Holger Wegmann

Fachbereich 3

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gerlind Förster

Herr Dieter Lerch

Sachkundige Bürgerin

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Gabriele Schmidt

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Sarah Winter

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

Beratendes Mitglied

Herr Dieter Aldenhoff

Herr Karl-Heinz Pütz

Vertreter der Schulen

Katholische Kirchengemeinde

Öffentliche Sitzung

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox begrüßt zu Beginn der Sitzung alle Anwesenden, insbesondere den LRSD Mayer vom Schulamt für den Rhein-Kreis Neuss.

1 Vorentwurf Umbau der Raphaelschule zur Kita und für die Ganztagsbetreuung Vorlage: SIM/465/2012

Beschlussvorschlag:

- a) Der Jugendhilfeausschuss stimmt der vorgestellten Vorentwurfsplanung zum Umbau der Raphaelschule in eine 5 – gruppige Kindertagesstätte mit 2 – gruppiger Großtagespflege zu.
- b) Der Ausschuss für Schule und Sport stimmt der vorgestellten Vorentwurfsplanung zum Umbau der Raphaelschule für die Ganztagesbetreuung der Martinusschule zu.
- c) Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung zu erstellen und termingerecht als Förderantrag dem Landschaftsverband zur Entscheidung vorzulegen.
- d) Die zur Realisierung dieser Planung erforderlichen Haushaltsmittel sind im Zuge der Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2013/ 14 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert die Beschlusslage zu TOP 1. In seiner Sitzung vom 08.11.2012 habe der Ausschuss für Schule und Sport einer Auflösung der städtischen Raphael-Schule zum 31.07.2013 zugestimmt. Gemeinsam mit der Martinusschule in Kaarst werde die Raphael-Schule in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss mit Standort im Gebäude der Martinus-Schule in Kaarst überführt.

Hierdurch ergebe sich die Möglichkeit, das vorhandene Schulgebäude der städtischen Raphael-Schule einer anderen Nutzung zuzuführen. Im Stadtteil Strümp bestehe ein erheblicher Bedarf zur Einrichtung einer weiteren Kindertagesstätte (Kita), an der städtischen Martinus-Gemeinschaftsgrundschule ein Bedarf an Räumen zur Unterbringung des offenen Ganztages. Deshalb habe der Service Immobilien einen Vorentwurf zum Umbau der Raphael-Schule zur Kita und für die Ganztagsbetreuung erarbeitet.

Dieser Vorentwurf sei bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.11.2012 vorgestellt und dort auch beschlossen worden.

Dipl.-Ing. Klein erläutert die Vorlage im Detail anhand einer PowerPoint-Präsentation. Es sei geplant, das Erdgeschoss der Raphael-Schule in eine Kita umzubauen und im Obergeschoß den offenen Ganztags und die Großtagespflege unterzubringen. Zunächst müsse dabei berücksichtigt werden, dass die Musikschule ihre zurzeit genutzten Räume im Erdgeschoss der Raphael-Schule aufgeben müsse und in die dann frei werdenden Räume der OGS im Backsteingebäude umziehen werde. Dem ebenfalls im EG der Raphael-Schule befindlichen Stadt-Sport-Verband Meerbusch e.V. würde ein

anderes Raumangebot unterbreitet werden. Die zur Verfügung stehenden Flächen würden für die Einrichtung der 5-gruppigen Kita ausreichen. Der Mehrzweckraum könne gemeinsam mit dem ebenfalls dort aktiven Meerbuscher Tanzsportclub genutzt werden.

Um den Forderungen des Landesjugendamtes gerecht zu werden, seien die im OG dem offenen Ganzttag und der Großtagespflege zur Verfügung stehenden Räume zukünftig über 2 neue Außentreppe zu erreichen, sodass das innenliegende Treppenhaus lediglich einen gemeinsamen, zusätzlichen Rettungsweg darstellen werde. Eine Kollision der beiden Nutzer sei somit ausgeschlossen.

Die Planung sei so angelegt, dass im Obergeschoss für die OGS eine Ausgabeküche eingerichtet werden könnte, sowie diese benötigt würde.

Damit bereits im Jahr 2013 mit den Maßnahmen begonnen werden könne, seien Mittel im Haushalt 2013/2014 bereitzustellen. Die Kosten für die Maßnahmen im Obergeschoss haben sich im Rahmen der Vorentwurfsplanung aufgrund weitergehender Planungsergebnisse jedoch erhöht. Es würden für die Beratung im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses über die Veränderungsliste die entsprechend angepassten Beträge eingebracht.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig die im Beschlussvorschlag aufgeführten Absätze b) und d).

2 Räume für die Ganztagsbetreuung in der Mauritiuschule und in der Brüder-Grimm-Schule, Meerbusch - Büberich Vorlage: SIM/466/2012

Beschlussvorschlag:

- a) Der Ausschuss für Schule und Sport stimmt der vorgestellten Vorentwurfsplanung zur Erweiterung der Mauritiuschule für die Ganztagsbetreuung zu.
- b) Die zur Realisierung dieser Planung erforderlichen Haushaltsmittel sind im Zuge der Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2013/ 14 bereitzustellen.
- c) Der Mietvertrag für die derzeitigen temporären Bauten an der Brüder-Grimm-GGS wird für zunächst drei weitere Jahre bis 2018 fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Dipl.-Ing. Klein erläutert die Beratungsvorlage. Service Immobilien habe verschiedene Varianten einer räumlichen Erweiterung der Schule untersucht, u.a. einen Neubau für den offenen Ganzttag auf dem Gelände der angrenzenden städtischen Brüder-Grimm-Schule, eine Containerlösung auf der Wiese vor der alten Turnhalle, eine Umnutzung des Dachgeschosses der städtischen Mauritius-Schule sowie ein Abriss der Toilettenanlagen der Schule und eine Erweiterung einschließlich neuer Toiletten an gleicher Stelle.

Diese Varianten seien jedoch aufgrund planungsrechtlicher Einschränkungen oder der damit verbundenen hohen Baukosten nicht umzusetzen.

Deshalb käme aus Sicht der Verwaltung nur eine Aufstockung der bestehenden Außentoilettenanlage in Betracht. Die Vorentwurfsstudie ergab, dass sich hierdurch zwei Räume für die Ganztagsbetreuung à ca. 40 qm schaffen ließen. Diese seien vom hinteren Treppenhaus aus zugänglich. Als Konstruktion wäre aus statischen Gründen eine vollständige Holzkonstruktion vorgesehen.

Da auch an der Brüder-Grimm-GGS keine andere bauliche Lösung zu vertretbaren Kosten umzusetzen sei, werde die Anmietung der Mobilbauten zunächst um weitere drei Jahre verlängert. Das sei die kostengünstigste Lösung, da die bestehenden Fundamente, Anschlüsse usw., ohne erneuten Herstellungsaufwand zu verursachen, weiter genutzt werden könnten und nur noch die jährliche Miete für die Aufbauten entstehen werde.

Ratsfrau Schoppe hält diese Planung vor dem Hintergrund der kritischen Haushaltssituation für absolut gelungen. Ratsherr Eimer schließt sich dieser Meinung, gibt jedoch zu bedenken, dass an beiden Schulen der Küchenbereich in Zukunft weiterhin kritisch bleibe.

Anschließend fasst der Ausschuss den Beschluss einstimmig.

3 Haushalt 2013

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox beschreibt die Vorgehensweise für die Beratung des Haushaltes. Zunächst werde der Produktbereich der Schulen inkl. technisches Gebäudemanagement und anschließend der Produktbereich Sportförderung inkl. technisches Gebäudemanagement und Baubetriebshof beraten. Die jeweiligen Anträge bzw. Fachfragen seien an den entsprechenden Stellen zu formulieren.

Bei Produkt 030.010.010, Sachkonto 5241050 „Kosten der Einbruchsicherung Grundschulen und Förderschule“ fragt der sachkundige Bürger Bertholdt nach der Notwendigkeit der Einbruchsicherung für die im Sommer 2013 aufzulösende städtische Raphael-Schule. Da das Gebäude einer anderen Nutzung zugeführt werden solle (*Anm. des Schriftführers: siehe TOP1*), einigt man sich darauf, den Ansatz zunächst bestehen zu lassen.

Der sachkundige Bürger Bertholdt beantragt für die F.D.P.-Fraktion die Kürzung des Sachkontos 5255100 „Sicherheitsrevision“ auf 8.000 €. StAR Wegmann erläutert den Ansatz. Diese Mittel würden benötigt, um die verpflichtende Überprüfung und Reparatur aller Sportgeräte vorzunehmen. Falls nicht genügend Mittel zur Verfügung stünden, müssen die defekten Geräte unverzüglich außer Betrieb genommen werden und stünden für den Sportunterricht oder Training nicht mehr zur Verfügung.

Antrag F.D.P.-Fraktion: Kürzung der Sicherheitsrevision
Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU		7	
FDP	4		
SPD		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
fraktionslos		1	
Gesamt	4	13	

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sachkundiger Bürger Harms beantragt für die CDU-Fraktion/Bündnis 90 Die Grünen, die Dienstleistungsvereinbarung über „Schulen online“ (030..010.010, Sachkonto 5291250) mit dem Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) vorsorglich zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen, um über die Kosten neu zu verhandeln oder nach Alternativen zu suchen. StVD Krügel nennt die Kündigungsfrist, sie betrage jeweils 1 Jahr zum Jahresende, demnach müsse bis zum 31.12.2012 der Vertrag zum 31.12.2013 gekündigt werden. OStD Winterwerb macht deutlich, dass für alle Schulen ein solches System unverzichtbar sei und der mit „Schulen online“ verbundene Standard keinesfalls zur Disposition gestellt werden dürfe. Wenn das Ziel dieser Kündigung ein niedrigerer Standard sei, müsse er aus Sicht der Schulen und pädagogischen Gründen davon abraten.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage kündigt für eine der kommenden Sitzungen den Schwerpunkttagessordnungspunkt „Schulen online“ an. Dafür werde man zum einen beispielhaft den Einsatz und Nutzen im Unterricht einschließlich der digitalen Whiteboards zeigen. Des Weiteren werde die Verwaltung den Leistungskatalog des Projektes „Schulen online“, das die Stadt Meerbusch auf diesem Gebiet immer noch zu einem Vorreiter mache, in allen Details noch einmal vorstellen.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss einstimmig die vorsorgliche Kündigung der Dienstleistungsvereinbarung über „Schulen online“ mit der KRZN zum 31.12.2013.

Ratsfrau Schoppe beantragt für die CDU-Fraktion / Bündnis 90 Die Grünen beim Produkt 030.010.010, U03001003 „Anschaffungen“ die Beschaffung von Winterdienstgeräten auf 2 Jahre zu strecken. Demnach solle der Ansatz auf 20.500 € reduziert werden.

Der Ausschuss fasst diesen Beschluss einstimmig.

Unter Bezug auf TOP1 beschließt der Ausschuss den schriftlichen Antrag der SPD-Fraktion einstimmig, die Haushaltsmittel für den Umbau der Räume für den offenen Ganztags im Gebäude der städtischen Raphael-Schule (Produkt 010.120.010, U1012081) als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt 2013 einzustellen. Die konkreten Ansätze werden durch den Service Immobilien in den HAFA am 6.12.2012 eingebracht.

Ratsfrau Niederdellmann beantragt weiterhin, verschiedene Baumaßnahmen im Schulbereich (siehe schriftlicher Antrag) in das Jahr 2013 vorzuziehen. Dipl.-Ing. Klein erläutert die durch den Service Immobilien erstellte Prioritätenliste, welche in den Haushaltsanmeldungen aufgehen. Dies sei insbesondere aus Verantwortung für die derzeitige Haushaltslage geschehen. Die Wichtigkeit dieser Maßnahmen sei unbestritten, jedoch sei ein Verschieben in kommende Haushaltsjahre vertretbar.

Abstimmungsergebnis für die Anträge der SPD-Fraktion::

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU		7	
FDP		4	
SPD	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
fraktionslos		1	
Gesamt	2	15	

Damit sind die Anträge abgelehnt.

Dipl.-Ing. Klein erläutert die Positionen „Erneuerung Elektrische Lautsprecheranlage“ an Schulen (Produkt 010.120.010, Sachkonto 5211050), welche in den kommenden Jahren erhebliche Haushaltsansätze darstellen. Vor dem Hintergrund der Alarmierung bei Amoklagen sei es unabdingbar, diese Lautsprecheranlagen auf den neuesten Stand zu bringen. Der Ausschuss nimmt die Erläuterung zustimmend zur Kenntnis.

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox lässt nunmehr über die Produktbereiche abstimmen:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, den Entwurf des Haushaltes für den Produktbereich 030/Schulträgeraufgaben, einschließlich der beigefügten Veränderungsliste zu diesem Produktbereich dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU	7		
FDP			4
SPD	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
fraktionslos	1		
Gesamt	13		4

Damit ist der Beschluss gefasst.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, den Entwurf des Haushaltes für den Produktbereich 010.120.010 Technisches Gebäudemanagement, soweit es den Schulbereich betrifft, einschließlich der beigefügten Veränderungsliste zu diesem Produktbereich dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU	7		
FDP	4		
SPD		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
fraktionslos	1		
Gesamt	15	2	

Damit ist der Beschluss gefasst.

Sachkundiger Bürger Harms beantragt für die CDU-Fraktion/ Bündnis 90 Die Grünen die Entgelte Hallenbad, Produkt 080.020.010, Sachkonto 4321000 um 5 % zu erhöhen und entsprechend die Eintrittsgelder zum 1. April 2013 anzupassen. Anschließend beantragt der sachkundige Bürger Bertholdt für die F.D.P.-Fraktion die Anhebung der Eintrittsgelder um 10 %.

Abstimmungsergebnis Antrag F.D.P.-Fraktion:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU		7	
FDP	4		
SPD		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
fraktionslos		1	
Gesamt	4	13	

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Antrag CDU-Fraktion / Bündnis 90 Die Grünen:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU	7		
FDP	4		
SPD		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
fraktionslos	1		
Gesamt	15	2	

Damit wird dem Antrag stattgegeben.

Ratsfrau Niederdellmann erläutert den Antrag der SPD-Fraktion, das städtische Hallenbad mittelfristig abzureißen und die Haushaltsansätze für Unterhaltungsmaßnahmen entsprechend zu streichen. Es sei nicht mehr vertretbar, in das Gebäude solche Summen zu investieren, wenn doch ein Hallenbadneubau die einzige vernünftige Alternative sei. Das frei werdende Grundstück könne zur Finanzierung des Neubaus entsprechend vermarktet werden.

Ratsherr Peters weist daraufhin, dass die Entscheidung pro Neubau im Ausschuss noch gar nicht gefällt worden sei und die Fraktionen sich zunächst bei einer Bäderbesichtigung entsprechende Informationen einholen wollen. Zudem müsse auch bei der Entscheidung, ein Hallenbad neu zu bauen, das derzeitige Bad bis zum Abriss eine Betriebssicherheit garantieren. Sowohl Ratsherr Schoenauer als auch der sachkundige Bürger Brauer geben zu bedenken, dass die Standort-Frage noch nicht geklärt sei und diese Entscheidung eine gründliche Prüfung voraussetze. Ratsherr Schoenauer stellt klar, dass die Entscheidung für ein neues Hallenbad andere Sportangebote nicht einschränken dürfe.

Ratsherr Eimer stellt für die SPD-Fraktion zusätzlich den Antrag, Haushaltsmittel für Planungskosten für das Jahr 2013 einzustellen.

Die Frage von Ratsherr Schoenauer, ob eine Planung für einen Neubau aus Bordmitteln geleistet werden könne, verneint Dipl.-Ing. Klein. Es gebe einen ständigen Haushaltsansatz für nicht vorhersehbare Planungen (Produkt 010.120.010, U01012002) in Höhe von 50.000 €, den man gegebenenfalls überplanmäßig aufstocken müsse. Stadtkämmerer Fiebig verweist auf die Entscheidungsbefugnis des Rates.

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox lässt über den SPD-Anträge abstimmen:

Streichung der Haushaltsmittel für bauliche Unterhaltung
Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU		7	
FDP		1	3
SPD	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
fraktionslos		1	
Gesamt	2	12	3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Einstellung von Planungskosten für einen Hallenbadneubau.
Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU		7	
FDP		1	3
SPD	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
fraktionslos		1	
Gesamt	2	12	3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dipl.-Ing. Klein erläutert, warum aus Sicht der Verwaltung die Dachsanierung nicht verschoben oder gestrichen werden sollte. Das Dach des Bades sei bereits seit anderthalb Jahren undicht und die gesamte Dämmung sei so nass, dass sie nicht mehr funktioniere und entsprechende Energieaufwendungen provoziere. Eine Sanierung des Daches sei unbedingt notwendig, um die Betriebssicherheit zu gewährleisten.

Nach diesen Erläuterungen zieht die SPD-Fraktion ihren Antrag auf Streichung der Haushaltsmittel für die Dachsanierung zurück.

Nach kurzer Diskussion, in der Dipl.-Ing. Klein den vorsorglichen Ansatz für große Instandsetzungsmaßnahmen im Hallenbad erläutert, beschließt der Ausschuss einstimmig, den Ansatz bei Produkt 010.120.010, Sachkonto 5211050 für die Jahre 2014 ff. um 250.000 € zu kürzen.

Ratsherr Schoenauer empfiehlt dem Ausschuss, den Ansatz für die Brandmeldeanlage nicht zu streichen, sondern zu verschieben. Dipl.-Ing. Klein sagt die Prüfung zu, ob die Kosten der Brandmeldeanlage (Produkt 010.120.010, U01012005) evtl. durch eine Mietanlage reduziert werden könne. Anschließend beschließt der Ausschuss einstimmig, den Ansatz von 86.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Ratsfrau Niederdellmann erläutert den Antrag der SPD-Fraktion, die Kunstrasenplätze auf der Sportanlage Krähenacker in das Jahr 2013 und der Theodor-Mostertz-Sportanlage in das Jahr 2014 vorzuziehen und eine Eigenbeteiligung der Vereine hierfür vorzusehen. Man sei bei den Vereinen im Wort und dies schon seit einigen Jahren. Der Vorsitzende des Stadt-Sport-Verbandes Kunze begrüßt den Antrag dem Grunde nach, hält aber eine Eigenbeteiligung der Vereine in diesen Höhen zudem für

nicht umsetzbar. Das Projekt KuKi (Kunstrasen für Kinder), bei dem der FC Büberich Eigenmittel für den Bau realisiert habe, sei nicht übertragbar auf andere Sportanlagen.

Der im Jahr 2006 erstellte Kunstrasenplatz auf dem Sportzentrum Am Eisenbrand sei ausschließlich durch die Stadt finanziert worden und im Sinne der Gleichbehandlung sei dies auch auf den genannten Plätzen notwendig.

Ratsfrau Niederdellmann formuliert den Antrag der SPD-Fraktion um und beantragt die Maßnahmen vorzuziehen ohne Eigenbeteiligung der Vereine.

Sachkundiger Bürger Harms bestätigt, dass den Vereinen diese Kunstrasenplätze zugesichert worden seien. Es stünden noch Gespräche mit den Vereinen aus, so dass sich CDU und Grüne heute noch nicht positionieren könnten. Aus diesem Grund beantrage er für die CDU-Fraktion eine Verschiebung der Beratung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Ratsfrau Niederdellmann beantragt, den Ansatz von 40.000 € (Produkt 010.050.010, U01005075) für die Erneuerung des Ballfangzauns auf dem Sportplatz Windmühlenweg zu streichen. Dipl.-Ing. Betsch erläutert, warum aus Sicht der Verwaltung die Maßnahme Ballfangzaun dringend notwendig erscheint. Es handele sich um einen Maschendrahtzaun, der erhebliche Löcher aufweise und außerdem etliche Pfosten korrodiert seien und somit ein Sicherheitsrisiko darstelle. Die Frage von Ratsherrn Peters, ob nicht auch ein Netz installiert werden könne, verneint Dipl.-Ing. Betsch. Heutzutage würden aus Qualitätsgründen die Ballfangzäune in Stabgittertechnik erstellt.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Antrag nach der Beratung zurück.

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox lässt nunmehr über die Produktbereiche abstimmen:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, den Entwurf des Haushaltes für den Produktbereich 080/Sportförderung, einschließlich der beigefügten Veränderungsliste zu diesem Produktbereich dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU	7		
FDP	4		
SPD		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
fraktionslos	1		
Gesamt	15	2	

Damit ist der Beschluss gefasst.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, den Entwurf des Haushaltes für den Produktbereich 010.050.010 Serviceleistungen Baubetriebshof, soweit es den Sportbereich betrifft, einschließlich der beigefügten Veränderungsliste zu diesem Produktbereich dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Abstimmungsergebnis ist einstimmig.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, den Entwurf des Haushaltes für den Produktbereich 010.120.010 Technisches Gebäudemanagement, soweit es den Sportbereich betrifft, einschließlich der beigefügten Veränderungsliste zu diesem Produktbereich dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Abstimmungsergebnis ist einstimmig.

4 Anträge

4.1 Auswirkungen aus dem Beschluss zur sukzessiven Schließung der städtischen Barbara-Gerretz-Schule Antrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport beschließt

1. Das Schulgebäude der Barbara-Gerretz-Schule bleibt nach der Schließung der Schule erhalten. Bei einem möglichen Verkauf ist dieses vertraglich verbindlich zu regeln.
2. Das Hallenangebot für die Osterather Sportvereine wird nach Schließung der Barbara-Gerretz-Schule sichergestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Grundlagen zur Sicherung des Hallenangebotes zu erarbeiten, wenn der Bürgerentscheid zu einer Schließung der Barbara-Gerretz-Schule führen sollte.
3. Der zu entwickelnde Masterplan Osterath soll den Bereich um die BGS und die Feuerwehr mit entsprechenden obigen Vorgaben im Rahmen eines zu entwickelnden langfristigen Gesamtkonzeptes berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Vor der Beratung wird zum Thema eine Stellungnahme (*Anm. des Schriftführers: Anlage zur Niederschrift*) der Sportvereine DJK Siegfried Osterath und dem Osterather TV verteilt.

Ratsherr Peters erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen, anschließend fasst der Ausschuss einstimmig den o.g. Beschluss.

5 Bericht der Verwaltung

5.1 Vorläufige Anmeldezahlen zu Grundschulen

Für den Bericht der Verwaltung wird eine Tabelle (*Anm. des Schriftführers: Anlage zur Niederschrift*) mit den Anmeldezahlen für das Schuljahr 2013/2014 für die Primarstufe verteilt.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage beschreibt die wesentlichen Informationen dieser Tabelle. Mit Stand vom 19.11.2012 hätten sich insgesamt 453 schulpflichtige Kinder aus Meerbusch angemeldet. Davon wären zurzeit noch 4 Kinder in der Beurteilung eines AO-SF-Verfahrens; als Schule könne eine Regelschule oder eine Förderschule gewählt werden.

Zusätzlich seien 32 „Kann-Kinder“ auf Antrag angemeldet worden, dies seien Kinder, die noch nicht schulpflichtig seien und ihr sechstes Lebensjahr erst nach dem 30.09.2013 vollenden würden. Bei diesen Kindern müsse zunächst die Schulreife durch die Schulleiter festgestellt werden und das Gesundheitsamt in seiner Schuleingangsuntersuchung zum ebenfalls positiven Ergebnis kommen. Nach Auskunft der Schulleiter seien in der Vergangenheit ca. 2/3 der Antragskinder aufgenommen worden.

Aus den Nachbarstädten seien insgesamt 34 Kinder angemeldet worden, wobei hier der Großteil aus Düsseldorf-Oberkassel (12 Anmeldungen zur Brüder-Grimm-Schule) und aus Krefeld-Stratum (10 Anmeldungen zur Pastor-Jakobs-Schule) stamme. Grundsätzlich sei anzumerken, dass bei einer Ablehnung von auswärtigen Kindern die Klassenfrequenzen gesenkt werden könnten.

Insgesamt seien somit 519 Kinder an den Meerbuscher Grundschulen angemeldet worden. Die städtische Mauritius-Schule als einzige Bekenntnisschule habe zunächst die Priorität, katholische Kinder (1 kath. Kind aus Osterath) aufzunehmen. Da die Aufnahmekapazität mit 56 Kindern begrenzt werden sollte, müssten 20 Kinder abgewiesen werden, wenn auch alle Antragskinder als schulreif getestet würden, die jedoch problemlos bei der direkten Nachbarschaft gelegenen Brüder Grimm-Schule aufgenommen werden können.

Ähnlich gelagert sei die Situation in Osterath; bei der Städtischen Eichendorff-Schule seien 77 Kinder angemeldet worden, davon 7 Antragskinder, an der Erwin-Heerich-Schule seien 45 Kinder angemeldet, davon 2 Antragskinder. Bei 56 Aufnahmen (Klassenfrequenz damit durchschnittlich 28) müssten von der Eichendorff-Schule 21 abgewiesen werden, wenn tatsächlich alle 7 Antragskinder schulreif seien. Insbesondere sei die Länge des Schulweges ein Entscheidungskriterium.

Die Übersicht zeige, dass alle angemeldeten Kinder im Stadtteil des Wohnortes einen Platz finden würden.

5.2 Besetzung von 2 Schulleiterstellen

StVD Krügel berichtet darüber, dass der Rat der Stadt Meerbusch im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung auf das Recht gemäß § 61 Abs. 4 Schulgesetz NRW verzichtet habe, die Zustimmung zur Ernennung von zwei Grundschulleiterinnen zu verweigern.

6 Termin der nächsten Sitzung: 19. Februar 2013

7 **Verschiedenes**

Ratsherr Dr. Brennecke fragt nach, wann der geplante Besuch der Hallenbäder stattfinden solle. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage schlägt vor, diesen Termin in den Januar 2013 zu legen. Der Ausschuss nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

Meerbusch, den 7. Dezember 2012

Renate Kox
Ausschussvorsitzende

Holger Wegmann
Schriftführer